



HESSISCHER LANDTAG

26. 11. 2015

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Solidarität mit Flüchtlingen - Maßnahmen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Hessen und Deutschland insgesamt leisten gegenüber den zu uns kommenden Menschen eine beeindruckende Solidarität. Binnen kürzester Zeit ist es gelungen, die Aufnahmekapazität in Hessen drastisch zu erhöhen und Obdachlosigkeit zu verhindern.
2. Der Landtag hält an seinem Anspruch fest, hier ankommende Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Der Landtag sieht daher im hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts die richtige, notwendige Antwort auf die aktuelle Herausforderung, diesem Anspruch gerade jetzt gerecht zu werden.
3. Der Landtag unterstützt die vielfältigen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland auf nationaler und internationaler Ebene, um sich der Herausforderung der seit Monaten erfolgten starken Zuwanderung von Flüchtlingen zu stellen. Dazu gehören auch eine gerechtere Verteilung der nach Europa kommenden Menschen, die Bekämpfung von Fluchtursachen und ein verbesserter, humaner Grenzschutz an Europas Außengrenzen. Es geht darum, zu einer Verminderung der Zahl der Flüchtlinge und einer Verbesserung der Situation der Schutzsuchenden zu gelangen. Hierzu gehören unter anderem Gespräche mit unseren europäischen Partnern über einen europäischen Verteilmechanismus, die vorübergehende Einführung von Kontrollen im Einklang mit internationalen Regeln, Gespräche mit der Türkei und viele weitere Anstrengungen.
4. Die zügige Einführung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes war ein in dieser Lage notwendiger und angemessener Schritt, der vom politischen Kompromiss lebt. Der Landtag begrüßt die zustimmende Haltung, die die Landesregierung hierzu im Bundesrat eingenommen hatte. Das Gesetzespaket trägt dazu bei, Flüchtlinge besser zu versorgen und die Asylverfahren zu beschleunigen. Dazu wird besser zwischen Asylbewerbern mit und ohne Bleibeperspektive unterschieden und diejenigen, die absehbar längere Zeit hier bleiben werden, können sich besser und schneller auf der Grundlage unserer Rechts- und Werteordnung integrieren. Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, sollen schneller wieder in ihre Heimatländer zurückkehren. Zur Entlastung der Asylverfahren werden die legalen Wege der Arbeitsmigration erweitert.
5. Der Landtag setzt sich für die zügige und konsequente Umsetzung der getroffenen Maßnahmen ein und begleitet weitere Bemühungen zur Verbesserungen des geltenden Rechtsrahmens konstruktiv.
6. Der Landtag betont, dass es in dieser Situation wichtig ist, eine sachliche und am Menschen orientierte Debatte zu führen. Der Landtag spricht sich entschieden gegen alle Versuche aus, sich auf Kosten der Schutzsuchenden zu profilieren, ohne zur Lösung der Probleme beizutragen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. November 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)